



Kommission für Wissenschaft, Bildung
und Kultur
CH-3003 Bern

lmr@blv.admin.ch

Bern, 1. Dezember 2025

**Sozialdemokratische
Partei der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zum Importverbot für Stopfleber» – Parlamentarische Initiative 25.404 WBK-N

Geschätzter Herr Kommissionspräsident,

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne wahrnehmen.

Um die Achtung des Tierwohls praktisch umzusetzen, genügt es aus Sicht der SP Schweiz nicht, allein an die Verantwortung der Konsument:innen zu appellieren oder auf eine freiwillige Auslobung zu setzen (etwa über positive Labels). Vielmehr ist eine ethisch vertretbare Nutztierhaltung in erster Linie eine Frage verantwortlicher Regulierung: Es ist die Aufgabe der Politik, einen angemessen strukturierten Transformationsprozess zu gestalten hin zu mehr Tierwohl und Nachhaltigkeit in der Nutztierhaltung. Die SP Schweiz setzt sich daher schon länger für ein konsequentes Importverbot für tierquälerisch erzeugte Produkte ein (vgl. Mo. Aebischer 15.3832 «Importverbot für tierquälerisch erzeugte Produkte»). Damit gilt es auch, dem wachsenden Bedürfnis seitens der Konsument:innen nach einer konsequenteren Durchsetzung schweizerischer Tierschutzstandards bei importierten Produkten Rechnung zu tragen.

Die SP Schweiz begrüßt daher im Grundsatz das Anliegen der Stopfleber-Initiative, den Import von Stopflebern und Stopfleberprodukten zu verbieten. So kritisieren die Initiantin:nen etwa zu Recht, dass die Produktion von Stopfleber aus Gründen des Tierschutzes in der Schweiz

zwar verboten wurde, der Import ebensolcher Produkte jedoch weiterhin erlaubt sei.

Auch die zuständige Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats sieht diesbezüglich Handlungsbedarf. Sie hat sich dazu entschlossen, der Stopfleber-Initiative einen indirekten Gegenentwurf gegenüberzustellen und das Anliegen der Initiant:innen durch eine Änderung des Tierschutzgesetzes (TSchG) aufzugreifen. Sie will den Rückgang der gewerbsmässigen Einfuhren von Stopfleber, Magret und Confit von Enten und Gänsen nicht mittels eines Verbots bewirken – ein solches lehnt sie aufgrund der mangelnden Vereinbarkeit mit den internationalen Verpflichtungen ab –, sondern durch eine stärkere Beobachtung von Importen durch die zuständigen Departemente.

Mit der bereits erfolgten Einführung einer Deklarationspflicht für Stopfleber haben das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) und das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) ein Instrument zur Verfügung, um die Importe von Enten- und Gänsemagret, -stopfleber und -confit zu beobachten. Gehen die Einfuhren nach fünf Jahren nicht zurück, so sollen das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) und das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) in einem Bericht zuhanden des Bundesrats Massnahmen zur Reduktion der gewerbsmässigen Einfuhren vorzuschlagen. Die Wirksamkeit dieser Massnahmen wiederum sollen im Rahmen der Beobachtung der Einfuhrrentwicklung nachverfolgt werden. Die ergriffenen Massnahmen sollen nötigenfalls verstärkt werden, um einen dauerhaften Rückgang der gewerbsmässigen Einfuhren zu erreichen.

Angesichts der bereits im Juli 2025 auf Verordnungsstufe in Kraft getretenen Deklarationspflicht für Stopfleber, Magret und Confit von Enten und Gänsen, die gestopft wurden, und der kulturellen Sensibilität der französischen Schweiz bezüglich Konsum von Foie Gras erachtet die SP Schweiz den von der WBK-N eingeschlagenen Weg als richtig.

Die SP Schweiz spricht sich daher *für* die geplante Änderung des Tierschutzgesetzes (TSchG) aus. Sie unterstützt bei Art. 14 Abs. 2 jedoch die Minderheit (Baumann). Die Minderheit sieht vor, dass der Bundesrat nach fünf Jahren Massnahmen vorschlagen kann, sofern sich die Einfuhren nicht *merklich* reduziert haben. Auch wenn es sich beim Begriff



der «merklichen Reduktion» um einen auslegungsbedürftigen Begriff handelt, so wird damit gleichwohl die angestrebte Reduktion zumindest in einer abstrakten Weise quantifiziert.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen.

SP Schweiz

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Sandro Liniger
Politischer Fachreferent